

Ina Latendorf (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Welthungerhilfe sagt:

„Bis zum Jahr 2030 kann und soll der Hunger weltweit beendet werden. ... Eine ungerechte Verteilung von Ressourcen steht diesem Ziel bisher im Wege. ... Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen ihr Zusammenspiel verbessern ... Bis zu 811 Millionen hungernde Menschen haben ein Recht darauf.“ Zitatende

(Beifall bei der LINKEN)

Davon sagt der Antrag der Unionsfraktion nichts.

Klar ist: Die unzureichende weltweite Nahrungsmittelversorgung wird sich durch den Krieg in der Ukraine weiter dramatisch verschärfen. Aber die generelle Krise der Welternährung ist nicht neu. Regionale Struktur und damit die regionale Versorgung sind in vielen Bereichen zerstört worden. Deutlich sichtbar ist das dort, wo Menschen hungern, aber auf den Feldern statt Hirse und Mais Rosen für die Supermärkte in Europa wachsen. Und was ist die Ursache? Profitgier. Das haben die Regierungen der vergangenen Jahrzehnte mitgemacht und zu verantworten.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Niklas Wagener
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Sachverständigen haben dies in der Anhörung am Montag aus meiner Sicht ganz deutlich bestätigt. Es wurde nach der Krise 2008 so weitergemacht wie zuvor und nichts geändert.

Fakt ist: Vor der Pandemie war die Zahl hungernder Menschen laut FAO anhaltend hoch. Die Hauptursachen hierfür sind Armut, soziale Ungleichheit,

Kriege, gewaltsame Konflikte sowie die Klimakrise. Schon vor Ausbruch des Krieges waren 10 Prozent der Weltbevölkerung unterernährt. Jeder dritte Mensch hatte keinen Zugang zu gesunder Ernährung. Schuld daran ist, global gesehen, aber nicht eine zu niedrige Produktion, sondern der mangelnde Zugang. Die Einkommen sind einfach zu niedrig, und es gibt große Einkommensunterschiede. Es fehlt also soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der börsengetriebene erhebliche Preisanstieg bei Lebensmitteln wird den Hunger in den ärmsten Regionen der Welt verschärfen. Die durchschnittliche Verteuerung von Lebensmitteln lag von März zu April 2022 bereits bei 30 Prozent. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat aber nichts mit Angebot und Nachfrage zu tun; denn noch ist das Angebot da.

(Beifall bei der LINKEN)

Die hungernden und von Hunger bedrohten Menschen in dieser Welt werden gewiss nie verstehen, wie man auf eventuelle Preisentwicklungen von Lebensmitteln Wetten abschließen kann, um Gewinn zu erzielen. Das ist eine perverse Form der Spekulation.

(Beifall bei der LINKEN)

Maßnahmen zur Eindämmung der aktuellen Preis- sowie der Ernährungskrise dürfen nicht gegen Klimakrise und soziale Ungleichheit ausgespielt werden. Aber gerade das lese ich im vorliegenden Antrag. Es geht um die Welternährung, aber Sie blicken nur auf die europäische und die deutsche Landwirtschaft, ohne wirklich nachhaltige, globale Lösung anzubieten. Das ist kurzsichtig.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen in den von Hunger betroffenen Regionen ist notwendig, um das Ziel zu erreichen: 2030 darf es keinen Hunger auf der Welt mehr geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)